



**Beitrag von
Guido van den Berg MdL**

zum Tagesordnungspunkt 12:

**„Bewohner von Morschenich durch autonome
,Umweltaktivisten‘ aus dem nahegelegenen
Wiesencamp am Hambacher Forst zunehmend
verängstigt?“**

**zum Bericht der Landesregierung
(Vorlage 16/4835)**

**in der 109. (öffentlichen) Sitzung
des Innenausschuss**

**am Donnerstag, 9. März 2017
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(APr 16/1632)**

www.guido-vandenberg.de

Guido van den Berg (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja immer die Chance, Tagesordnungen zu verändern. Herr Wirtz ist nun kein ständiges Mitglied dieses Ausschusses, sondern er kommt immer, wenn etwas in einem Wahlkreis anliegt. Das ist auch sein gutes Recht. Wenn das aber so wichtig gewesen wäre, hätte er es mit dem Vorsitzenden abstimmen müssen, dann hätten wir darüber diskutiert. Es war allen transparent, bis wann der Minister anwesend ist und wann er geht.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Nein, nein!

Guido van den Berg (SPD): – Das haben Sie selbst gesagt. Zu dem Zeitpunkt, als das verkündet worden ist, gab es sogar ein Wortprotokoll. Das war also klar, und deswegen: Wenn man das ändern will, dann muss man das vorher anmelden. Das sind einfach die Regeln.

Lassen Sie mich aber bitte auch zur Sache selbst etwas sagen!

Die Menschen, die in Morschenich-Alt leben, sind in einer ganz besonderen Situation. Sie haben nämlich in den nächsten Monaten einen schwerwiegenden Eingriff in ihr persönliches Leben vor sich. Sie müssen den Wohnort wechseln, sie werden ihre Heimat verlieren. Es ist nichts Besonderes, dass jemand umzieht, aber für diese Menschen kommt irgendwann der Punkt, ab dem sie nicht mehr in die alte Heimat zurück können, weil diese dann durch den Tagebau in Anspruch genommen wird und schlicht weg ist. Das ist etwas, womit Menschen sehr sensibel umgehen, was sie beschäftigt, was Emotionen auslöst und nicht auf die leichte Schulter genommen werden kann.

Ich habe heute Morgen noch einmal die Gelegenheit genutzt, lange mit dem Ortsvorsteher von Morschenich-Alt, Herrn Michael Dohmes, Mitglied der CDU, zu telefonieren, um mir die Situation noch einmal aus seinem Mund authentisch schildern zu lassen. Wir alle hoffen immer, die Umsiedlung möglichst geschlossen durchführen zu können, dass also nicht monatelang die einen am einen Ort, die anderen am anderen Ort sind. Das gelingt nicht immer vollständig. Im Augenblick ist in Morschenich vor allen Dingen die ältere Bevölkerung noch nicht umgezogen. Das liegt auch daran, so hat mir das der Ortsvorsteher geschildert, dass am neuen Ort noch nicht alle Bauten, gerade auch Sozialwohnung usw., entstanden sind.

Die überwiegend ältere Bevölkerung, die jetzt in Alt-Morschenich ist, erlebt, dass ihr Ort jetzt zunehmend von Menschen aus dem Wald-, aber auch aus dem Wiesencamp aufgesucht wird, die dort in dieser Jahreszeit vor allen Dingen nach Wasser suchen. Insbesondere der Friedhof wird deswegen aufgesucht. Auch werden abgestellte Brunnen immer wieder in Gang gesetzt. Häuser wurden aufgebrochen, um solche Brunnenanlagen in Gang zu setzen. Ich kann nicht sagen, dass die Häuser vandalisiert wurden. Ich habe auch nachgefragt: Gab es richtigen Vandalismus? – Das ist schon gezielt. Sie müssen Sie aber trotzdem vorstellen, für Menschen, die in einer Umsiedlungssituation sind, ist es schon eine schwierige Sache, wenn Sie noch einmal in ihren Ort zurückkehren und feststellen, das alte Haus ist aufgebrochen worden. Das ist alles nicht so einfach.

Dann sind dort Vermummte unterwegs, tagsüber auf den Straßen um Morschenich, aber auch in den Nachstunden treten dort Menschen vermummt in Erscheinung. Es

wird offensichtlich nach Baumaterialien gesucht, und die Menschen dort haben Angst – in Anführungszeichen –, dass jetzt, wenn sie ihre Heimat komplett aufgeben, der Ort quasi eine Nachfolgesituation dieses Wiesencamps wird. Das ist für diese Menschen nicht einfach und eine zusätzliche Belastung. Ich glaube, das alles muss man sehen.

Der Ortsbürgermeister hat mir geschildert, Morschenich ist insbesondere auch, weil es viel Leerstand gab, in den letzten Monaten stark als Flüchtlingsstandort genutzt worden. Sie haben zeitweise im Ort 120 Flüchtlinge untergebracht. Es ist mit der Dorfgemeinschaft organisiert worden, dass das funktioniert. Das hat alles geklappt, da gab es keine Probleme. Jetzt gibt es dort aber vermehrt Beschwerden, und die muss man sehr ernst nehmen.

Der Wunsch ist, dass der Schutz durch die Polizei sichergestellt wird. Vor allen Dingen wäre es sinnvoll, noch einmal darüber nachzudenken, wie in den Nachtstunden Schutz gewährleistet wird. Tagsüber ist dieser Ort häufig sogar mit Hundertschaften besetzt – in Anführungszeichen. Sie fahren durch den Ort oder sind am Ortsrand aufgestellt, um Einsätze am Wiesencamp oder im Wald zu bewerkstelligen. Auch das ist eine außergewöhnliche Situation für solch einen kleinen Ort mit wenigen Hundert Einwohnern, dass Hundertschaften der Polizei darum herum postiert werden. Nachts fühlen sich die Einwohner aber manchmal alleingelassen. Meine Bitte wäre, das mitzunehmen und in Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten aufzuarbeiten.

Wie kommt man dem Thema generell nach? Da sage ich sehr deutlich: Lieber Kollege Wirtz, auch wenn wir uns inhaltlich übereinstimmend wünschen, dass man der Bevölkerung schnell hilft, an Recht und Gesetz kommen wir alle nicht vorbei. Recht und Gesetz sind im Augenblick eigentlich auf unserer Seite. Es gibt ein Oberverwaltungsgerichtsurteil, das an Klarheit kaum zu überbieten ist. Darin steht, dass diese Veranstaltung nicht durch das Demonstrationsrecht gedeckt ist, sondern, weil man sich dort nicht friedlich und nicht ohne Waffen aufhält, ist dieses Wiesencamp aufzulösen. Jetzt gibt es in der Tat noch ein Widerspruchsverfahren. Ich appelliere sehr deutlich an die Justiz, das nicht lange auf sich sitzen zu lassen, sondern schnell zu entscheiden.

Dann ist als nächstes der Landrat des Kreises Düren gefragt. Er muss die Verfügung, die er in der Vergangenheit aufgestellt hat, jetzt aufgrund des Urteils erneuern.

Im Bericht des Innenministers steht ein ganz klarer Satz – ich möchte ihn zitieren:

„Sobald das Urteil Bestandskraft hat, wird von hiesiger Seite erwartet“,

also vom Innenministerium,

„dass das zuständige Bauordnungsamt des Landrates Düren entsprechende Maßnahmen veranlasst.“

Dann kommt der Satz:

„Sofern die Behörde um Vollzughilfe durch die Polizei ersucht, wird diese durch die zuständige Polizeibehörde gewährt werden.“

Die Polizei steht also Gewehr bei Fuß, dieses Camp aufzulösen. Wir können aber die rechtlichen Schritte, die notwendig sind, nicht außer Kraft setzen. Bei allem Verständnis für den Wahlkampf – ich habe gelesen, dass Sie dort auch mit Kandidaten unterwegs waren; alles geschenkt! –, aber dieses Bekenntnis zum Rechtsstaat, dass wir ein solches Verfahren grundsätzlich nach Recht und Gesetz durchführen müssen, sollte Konsens in dieser Runde sein.

[...]

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. – Herr van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Meine Damen und Herren, wir haben, glaube ich, Konsens darüber, dass an dieser Stelle etwas geschehen muss. Es ist einiges dadurch erreicht, dass es ein klares Urteil des Oberverwaltungsgerichts gibt; denn in der Frage: „Was muss beim Schützenfest geregelt sein, und was ist auf dieser Wiese nicht geregelt?“, war die Schwierigkeit, dass sich die Bewohner des Camps auf das Demonstrationsrecht berufen haben, das nach unserem Grundgesetz einen besonderen Schutz hat. Das Oberverwaltungsgericht hat klargestellt, dem ist nicht so, sondern das ist nicht durch das Grundgesetz und durch das Demonstrationsrecht geschützt. Jetzt muss dieses Urteil Rechtskraft erlangen.

Meine persönliche Bitte an den Kollegen Wirtz ist, auch im Kreis Düren den Landrat nicht aus seiner Verantwortung zu lassen. Ich weiß, er ist auch in einer Koalition und hat da vielleicht Zwänge. An dieser Stelle muss aber, sobald die Rechtskraft gegeben ist, der Landrat handeln, um es in ein geregeltes, klares und schnelles Verfahren zu bekommen. Er bekommt dann die Polizeiunterstützung, die ihm übrigens in der letzten Sitzung vom Minister persönlich zugesagt worden ist. Alles andere ist kein ordentliches Verfahren. In der Presse ist vom Kollegen Wirtz dargestellt worden, der Minister könne das einfach per Erlass machen und dort Menschen festsetzen. – So funktioniert der Rechtsstaat nicht. Wir Kollegen im Innenausschuss wissen das alle, und ich werbe dafür, das geregelt zu tun.

Zwei Anmerkungen will ich noch machen. Vorhin ist gesagt worden, Herr Jäger solle sich das einmal persönlich ansehen. Ich war mit ihm vor drei oder vier Monaten vor Ort – sehr lange, sehr intensiv. Wir sind auch, soweit das die Sicherheit ermöglichte, ganz nah an diesem Camp bei Morschenich, aber auch im Wald unterwegs gewesen und haben uns die Dinge sehr intensiv angesehen.

Zur Neuorganisation der Polizei ist vorhin der Satz gefallen, das habe nichts gebracht. Das nehmen sowohl die Kreispolizeibehörden in Düren wie auch im Rhein-Erft-Kreis anders wahr – also auch da bitte einmal rückkoppeln mit der eigenen Kreispolizeibehörde! –, weil die Ermittlungserfolge dadurch sehr deutlich verbessert worden sind und das sehr viel zur Vereinfachung beigetragen hat.

Bei unserem letzten Besuch dort im Wald mit Minister Jäger haben wir zudem festgestellt, dass es sinnvoll ist, eine entsprechende Zusammenführung der Zuständigkeiten auch bei der Justiz hinzubekommen. Das ist mittlerweile auch erreicht worden. Ich erhoffe mir dadurch noch einige Verbesserungen, denn ich habe mich sehr darüber geärgert, dass die Kreisgrenze dort mitten durch den Wald verläuft und manche Straftäter von der Staatsanwaltschaft in Köln anders behandelt worden sind als von der Staatsanwaltschaft in Düren bzw. Aachen, und das kann nicht sein. Das

wird jetzt auch vereinheitlicht oder ist vereinheitlicht worden. Ich glaube, dass das vernünftig ist.

Bei allem Verständnis für Wahlkampf: Wir sollten den Konsens nicht aufgeben.

(**Josef Wirtz** [CDU]: Ich kandidiere doch gar nicht mehr!)

– Ja, aber ich habe ja gelesen, du warst dort mit Landtagskandidaten unterwegs. Ist ja alles gut, alles geschenkt! – Die Rechtsstaatlichkeit aber, wie solche Verfahren ablaufen, muss Konsens bleiben.

* * *